

Die Rote Fahne

Zentralorgan des Spartakusbundes

Redaktion u. Expedition: Berlin SW 11, Pönniger Str. 40/41
Nachr.-Auslieferung: Mollatstraße 144, Erdgeschoss, gegenüber
Anhalter Bahnhof,
Fernsprecher: Amt Köpenick 4313 und 4314

Schriftleitung:
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis monatlich 1.50 M.
Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Nonpareille-Zeile 75 Pf.
Kleine Anzeigen Ueberschriftswort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.

Was will der Spartakusbund?

I.

Am 9. November haben Arbeiter und Soldaten das alte Regime in Deutschland zertrümmert. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs war der blutige Wahn von der Welt Herrschaft des preussischen Säbels zerronnen. Die Verbrennerbäume, die den Weltbrand entzündet und Deutschland in das Blutmeer hineingetrieben hat, war am Ende ihres Latens angelangt. Das vier Jahre lang betrogene Volk, das im Dienste des Molochs Kulturpflicht, Ehrgefühl und Menschlichkeit vergessen hatte, das sich zu jeder Schandtat mißbrauchen ließ, erwachte aus der vierjährigen Erstarrung — vor dem Abgrund.

Am 9. November erhob sich das deutsche Proletariat, um das schmachvolle Joch abzuwerfen. Die Hohenzollern wurden verjagt, Arbeiter- und Soldatenräte gewählt.

Aber die Hohenzollern waren nie mehr als Geschäftsträger der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums. Die bürgerliche Klassenherrschaft, das ist der wahre Schuldige des Weltkrieges in Deutschland wie in Frankreich, in Rußland wie in England, in Europa wie in Amerika. Die Kapitalisten aller Länder: das sind die wahren Anstifter zum Völkermord. Das internationale Kapital — das ist der unerfähhliche Baal, dem Millionen auf Millionen dampfender Menschenopfer in den blutigen Rachen geworfen werden.

Der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: Entweder der Sozialismus, neue Krieg und neue Weltkriege, oder die sozialistische Ausbeutung.

Die Ausbeutung des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassenherrschaft ihr Daseinsrecht verwirkt. Sie ist nicht mehr imstande, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen, den die imperialistische Drogie hinterlassen hat.

Produktionsmittel sind in ungeheurer Maßstab vernichtet. Millionen Arbeitskräfte, der feste und tüchtigste Stamm der Arbeiterklasse hinweggeschlachtet. Der am Leben Gebliebenen harret bei der Heimkehr das grinfende Elend der Arbeitslosigkeit. Hunger und Krankheiten drohen die Volkskraft an der Wurzel zu vernichten. Der finanzielle Staatsbankrott infolge der ungeheuren Last der Kriegsschulden ist unabwendbar.

Aus all dieser blutigen Wirrsal und diesem schneidenden Abgrund gibt es keine Hilfe keinen Ausweg, keine Rettung als im Sozialismus. Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen, kann allen Arbeit und Brot verschaffen, kann der gegenseitigen Verflechtung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen. Wieder mit dem Lohnstreik! Das ist die Lösung der Stunde. An Stelle der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft soll die genossenschaftliche Arbeit treten. Die Arbeitsmittel müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein, sie müssen Gemeingut aller werden. Keine Ausbeuter und Ausgebeutete mehr! Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit. Abschaffung wie der heutigen Produktionsweise, die Ausbeutung und Raub, so des heutigen Handels, der nur Betrug ist.

An Stelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven: freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit Niemandes Dual, weil Jeder-manns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der keine Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt. Der Hunger hier-jür nicht mehr der Arbeit Fluch, sondern des Mißgeschicks Strafe!

Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerverbündnisse, Anrecht-schaft entwürzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirk-licht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord ge-schändet. Erst dann wird es heißen:

Dieser Krieg ist der letzte gewesen.

Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungs-anfer der Menschheit. Ueber den zusammenstürzenden Mauer-g der kapitalistischen Gesellschaft lodern wie ein feuriges Mene-tel die Worte des „Kommunistischen Manifests“:

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

II.

Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsord-nung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe

erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.

Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgend eine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff ge-nommen und durchgeführt werden.

In allen bisherigen Revolutionen war es eine kleine Minderheit des Volkes, die den revolutionären Kampf leitete, die ihm Ziel und Richtung gab, und die Masse nur als Werk-zeug benutzte, um ihre eigenen Interessen, die Interessen der Minderheit zum Siege zu führen. Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege ge-langen kann.

Die Masse des Proletariats ist berufen, nicht bloß der Revolution in klarer Erkenntnis Ziele und Richtung zu stehen. Sie muß auch selbst, durch eigene Aktivität Schritt um Schritt den Sozialismus ins Leben einzuführen.

Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst leitet und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.

Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Ge-meinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Herrschaft: Parlamente, Gemeinderäte, die Arbeiter- und Soldatenräte ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bestimmungen an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen. Und nur in ständiger, lebendiger Wechselwirkung zwi-schen den Volksmassen und ihren Organen, den A. und S.-Räten kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen.

Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Massenaktion getragener Prozeß voll-ziehen. Die nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung sind allein ein leeres Wort. Nur die Arbeiterkraft kann das Wort durch eigene Tat zum Fleische machen. In jähem Ringen mit dem Kapital, Brust an Brust in jedem Betriebe, durch unmittelbaren Druck der Massen, durch Streiks, durch Schaffung ihrer ständigen Vertretungs-organe können die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen.

Die Proletariatsmassen müssen lernen aus toten Ma-schinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortungsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin alles gesellschaftlichen Lebens ist. Sie müssen jetzt ohne un-ternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antrei-ber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft ent-falten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffe Selbstdisziplin, wahrer Bürger-sinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, die Sittlichkeit, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Alle diese sozialistischen Bürger-tugenden, zusammen mit Kenntnissen und Befähigungen zur Leitung der sozialistischen Betriebe, kann die Arbeitermasse nur durch eigene Betätigung, eigene Erfahrung erwerben.

Sozialisierung der Gesellschaft kann nur durch einen un-ermüdlichen Kampf der Arbeitermasse in ihrer ganzen Breite verwirklicht werden, auf allen Punkten, wo Arbeit mit Kapi-tal, wo Volk mit bürgerlicher Klassenherrschaft einander ins Weisse des Auges blicken. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

III.

In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit neuen Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Min-

derheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die ge-schichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.

Aber die proletarische Revolution ist zugleich die Sterbe-stunde für jede Knechtschaft und Unterdrückung. Darum er-heben sich gegen die proletarische Revolution alle Kapitalisten, Junker, Kleinbürger, Offiziere, alle Lumpen und Parasiten, der Ausbeutung und der Klassenherrschaft wie ein Mann zum Kampf auf Leben und Tod.

Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten wür-den sich gutwillig dem sozialistischen Verdict eines Parlamentes, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zu-letzt mit jähester Energie gekämpft. Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kaba-liere wie die amerikanischen Sklavenhändler, die polnischen Bojaren wie die österr. Seidenfabrikanten — sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Völkern, Mord und Brand geschritten, sie haben Millionen und Landesverrat angehäufet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Spröß der Ausbeuterlaste die Brutalität, den unerschütterten Egoismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Väterland nicht aufgeben, ihren Profit und ihr Vorrecht der Aus-beutung mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird das Bonaventurum gegen die Städte mobil machen, sie wird rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufheben, sie wird mit Offizieren Mezeleien anstellen, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahm-zulegen suchen, sie wird der Revolution zwanzig Bunde auf den Hals heben, sie wird den äußeren Feind, das Mordehen der Clemenceau, Lloyd George und Wilson als Retter ins Land rufen, — sie wird lieber das Band in einen rauchenden Trüm-merhaufen vermandeln, als freiwillig die Sklaverei preis-geben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust, mit rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Ge-walt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengesetzt werden. Den An-schlägen, Morden, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeug-same Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereitete Aktivität der proletarischen Masse. Den drohenden Gefahren der Gegen-rotation die Bemassung des Volkes und Entsammlung der herrschenden Klassen. Den parlamentarischen Obstruktions-maßnahmen der Bourgeoisie die unerbittliche Organisation der Arbeiter- und Soldatenmasse. Der Allgegenwart und den tausend Machtmitteln der bürgerlichen Gesellschaft — die konzentrierte, zusammengeballte, auf höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse. Die geschlossene Front des gesamten deut-schen Proletariats: des süddeutschen mit dem norddeutschen, des städtischen mit dem ländlichen, der Arbeiter mit den Sol-daten, die lebendige geistige Führung der deutschen Revolution mit der Internationale, die Erweitern der deutschen Revo-lution zur Weltrevolution des Proletariats, vermag allein die granitne Basis zu schaffen, auf der das Gebäude der Zukunft errichtet werden kann.

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bür-gerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüst-zeug bereiten, sie muß lernen es zu gebrauchen — zu kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volks-masse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats, und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in ver-logener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parla-mentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Pro-letariatsmasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schweißigen Faust ergreift, um sie wie der Gott der seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.

Am dem Proletariat die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, fordert der Spartakusbund:

7. Als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände, sowie Rüstungsbetriebe durch A.- und S.-Räte.
3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz, zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettlungen.
4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Ersetzung des militärischen Gehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
5. Entfernung der Offiziere und der Kapitulanten aus allen Soldatenrängen.
6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der A.- und S.-Räte.
7. Einsetzung eines Revolutionsstrafmaßes, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Hindenburg, Trepow und ihre Mittverbrecher, sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzurufen sind.
8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

II. Auf politischem und sozialem Gebiete.

1. Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche sozialistische Republik.
2. Aufhebung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übertragung ihrer Funktionen durch A.- und S.-Räte, sowie deren Ausschüsse und Organe.
3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land, nach Betrieben, sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.
4. Wahl von Delegierten der A.- und S.-Räte im ganzen Reich für den Zentralrat der A.- und S.-Räte, der den Vollzugsrat als das oberste Organ der gegenwärtigen und vollziehenden Gewalt zu wählen hat. Zusammentritt des Zentralrats vorläufig mindestens alle drei Monate — unter jebehalbigem Recht der Delegierten — zur ständigen Kontrolle über die Tätigkeit des Vollzugsrats und zur Herstellung einer lebendigen Führung zwischen der Masse der A.- und S.-Räte im Reich und ihrem obersten Regierungsgremium. Recht der lokalen A.- und S.-Räte zur jederzeitigen Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat.

falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln. Nicht des Vollzugsrats, die Vollbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden und Beamten zu ernennen und abzusetzen.

6. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Beseitigung rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.

7. Einleitende soziale Gesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und unter Berücksichtigung der körperlichen Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg; sechsstündiger Höchstarbeitstag.

8. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesens im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution.

III. Nächste wirtschaftliche Forderungen.

1. Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.
2. Annulierung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der A.- und S.-Räte festzusetzen ist.
3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reich; häusliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.
4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten, sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.
6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.
7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einzelnen mit den Arbeiteräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben.
8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission, die unter ständigem Zusammenwirken mit den Betriebsräten der beginnenden Streikbewegung im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der A.- und S.-Räte sichern soll.

IV. Internationale Aufgaben.

Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Arbeiterparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbündeterung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.

V.

Das will der Spartakusbund! Und weil er das will, weil er der Wächter, der Dränger, weil er das sozialistische Gewissen der Revolution ist, wird er

den allen offenen und heimlichen Feinden der Revolution und des Proletariats gehaßt, verachtet und verurteilt.

Kreuziget ihn! rufen die Kapitalisten, die um ihre Klassengüter zittern.

Kreuziget ihn! rufen die Kleinbürger, die Offiziere, die Antimilitaristen, die Breßliaken der Bourgeoisie, die um die Gleichschöpfe der bürgerlichen Klassenherrschafft zittern.

Kreuziget ihn! rufen die Scheidemannler, die wie Judas Ischariot die Arbeiter an die Bourgeoisie verkauft haben und um die Silberlinge ihrer politischen Herrschafft zittern.

Kreuziget ihn! wiederholen noch wie ein Echo geläufige, betrogene, mißbrauchte Schichten der Arbeiterschaft und Soldaten, die nicht wissen, daß sie gegen ihr Fleisch und Blut wüten, wenn sie gegen den Spartakusbund wüten.

Im Hasse, in der Verleumdung gegen den Spartakusbund vereinigt sich alles, was gegenrevolutionär, vollkassisch, antisozialistisch, zweideutig, lücheln, unklar ist. Dadurch wird bestätigt, daß in ihm das Herz der Revolution pocht, daß ihm die Zukunft gehört.

Der Spartakusbund ist keine Partei, die über der Arbeiterschaft oder durch die Arbeiterschaft zur Herrschafft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewussteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.

Der Spartakusbund lehnt es ab, mit Handlangern der Bourgeoisie, mit Scheidemann-Ebert, die Regierungsgewalt zu teilen, weil er in einer solchen Zusammenwirkung einen Verrat an den Grundfäden des Sozialismus, eine Stärkung der Gegenrevolution und eine Lähmung der Revolution erblickt.

Der Spartakusbund wird es auch ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirft hat und die Unabhängigkeit durch die Zusammenarbeit mit ihnen in eine Sackgasse geraten sind.

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren zweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aufgaben, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.

Die proletarische Revolution kann sich nur insoweit, Schritt für Schritt, auf dem Golddammweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchbringen.

Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: er ist identisch mit dem Siege der großen Massen des sozialistischen Proletariats.

Auf Proletariat! zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aus Auge und Knie auf die Brust!

Politische Uebersicht.

Ebert wieder entlarvt.

Washington, 11. Dezember. (Reuter). Die in den ausländischen Blättern gebrachte Meldung, wonach Staatssekretär Lansing erklärt habe, wonach keine Lebensmittel nach Deutschland gelangt würden, bevor die Nationalversammlung gewählt sei, wird für unrichtig erklärt.

Der beinahege Präsident der deutschen Republik.



Ebert der Erste.

Die zweite Proklamation Eberts zum Präsidenten.

Diesmal war's nicht ein Spiro, sondern ein kommandierender General. Der übernahm beim gestrigen Truppenempfang, in Vertretung Ebert-Paares, die Begrüßung der weiter einziehenden Garbetruppen. Er forderte die Truppen auf, geschlossen hinter die Regierung zu treten bis hinauf zum Präsidenten.

Jam zweitemal wird Kaiser Ebert die Präsidentenkrone angeboten. Diesmal geschlossene Truppen und ein kommandierender General an der Spitze.

Zweite stärkere Verschwörung also.

Wird Kaiser Ebert einer dritten Verschwörung widerstehen können?

Ein passender Abschluß der großen Szene:

Prinzess Mollath, Mitglied des Vollzugsrats, will noch sprechen. Offiziere auf der Reitertribüne winken, die Militärmusik fällt ein, überläßt ihn, die Truppen ziehen weiter und lassen das Mitglied des Vollzugsrats stehen.

Eberts zweite Proklamation zum Präsidenten fällt also zusammen mit der Ausschaltung des Vollzugsrats.

Im selben Augenblick, in dem Ebert an die Staatstribüne steigt, verschwindet der Vollzugsrat in der Versenkung: die Szene auf dem Pariser Platz legt diesen Zusammenhang plastisch-greifbar dar.

Die Rede Mollathens, in der Presse gedruckt, ist eine Rede, die sie nicht erreichte, — nämlich die Hörer.

Seftgenagelt!

Auf alle unsere Enthüllungen in der gestrigen Nummer schweigt die gesamte bürgerliche, regierungssozialistische und auch die unabhängige Presse wie erschossen. Es schweigt die Morgenpresse, es schweigt die Abendpresse. Die Pille hat gemieft.

Der lebendige Leichnam.

Wenn ein Frosch schon tot ist, kann man, wenn man gewisse Methoden mit einem elektrischen Strome reizt, bewirken, daß der tote noch einmal mit den Beinen trampelt.

Diesem Experiment ähnlich ist das Verfahren, das jetzt mit dem deutschen Reichstag beliebt wird. Der Reichstag ist tot und ihm helfen weder Doktor noch Pfarrer mehr. Nichtsdestoweniger gibt er noch Zeichen von sich, wie wenn er lebe, ja, sein ehemaliger Präsident will sich des Kunststücks unterziehen, ihm wirkliches Leben noch einmal zu verleihen: er hat ihn nach einem näher noch nicht zu bestimmenden Orte einberufen.

Aber der Reichstag, der am 9. November eines unseligen Todes starb, ist wirklich nicht mehr zum Leben zu erwecken. Diese Vertretung des „deutschen Volkes“, die von drei zu drei Monaten dem deutschen Volke zu erklären sich bemühte, daß sie zu ihm „in Trone sitzen wolle“ — so sagte Herr Friedrich Ebert in jener erlauchten Versammlung —, jene Versammlung, da man sich von Westarp bis zu Scheidemann als „einig Volk“ konstituierte und in dem die großen Schichten des Proletariats auch noch die „Volks“-Vertreter waren, dieser Reichstag ist tot.

Wenn, was ja nicht ausgeschlossen ist, eine Versammlung mit diesen alten Gespielern zustande kommen sollte, so ist sie weithin sichtbar die Organisation der Konterrevolution und die Devise: die Reichstag — die Proletariat — die Kapitalismus — die Revolution, ist nur aller Klarheit aufgeworfen.

Das haben wir nicht zu bedauern. Wir leben nicht von der Verwirrung, sondern von der Einwirkung der politischen Begriffe.

Das Merkwürdigste aber an diesem Vorgang ist: die Bourgeoisie scheint es gar nicht mehr für nötig zu halten, zu wachen, bis ihr die Ebert-Paaresche Regierung in Gestalt einer Nationalversammlung das bringt, was sie sich jetzt selber nimmt. Sie glaubt, die ferneren Dienste der Herren Ebert und Konjungen bereits entbehren zu können und dankt für weitere Vorstellungen. So nicht für die Ebertsche Partei die Gefahr herauf, statt auf dem Präsidentenröschchen zwischen den berühmten zwei Eßeln zu sitzen. Derherber der aufstehende Eifer, mit dem die Nationalratswahlen betrieben werden. Gestern abend meldet der „Revolutions“ in der Form, in der Regierungsorgane offizielle Mitteilungen zu machen pflegen, daß die Nationalratswahlen zu einem früheren Termin als zu dem 16. Februar einberufen würden.

Rührend ist diese Bittre der Ebertschen an die anderen Konterrevolutionäre: „Ach, nur, ach nur ein Viertelstündchen noch.“

Rührender freilich, wenn in demselben Atemzug der „Revolutions“ Herr Fehrenbach einen Vortrag über nationale Würde hält, weil Herr Fehrenbach keinen Blod stüpe auf den drohenden Einmarsch der Endente. Derselbe „Revolutions“, der seit vier Wochen mit der drohenden Ausbürgerung und gleichfalls mit dem drohenden Einmarsch herumlungert, wenn es in seinen Kram paßt.

Das war zu allen Zeiten das Ergößlichste: wenn ein Betrüger dem anderen einen Vortrag über die Gerechtigkeit hält.

Noch einer.

In dem wirren Anmelde der Wilhelme, Vater und Sohn, Bethmann, Fehrenbach usw., die, nach der Pleite des Imperialismus, übereinander herfallen und jeder den anderen als den alleinigen Schuldigen festzunageln suchen, kommt nun auch der Graf Czernin, Graf-Litowskischer Angehöriger, an ebenfalls „die andere“ anzulagern und sich selber zu entlasten. Man erfährt bei dieser Gelegenheit zweierlei interessante Dinge:

1. Daß Czernin am 17. April ein Exposé an die deutsche Regierung richtete, daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf Oesterreich rechnen könne, da es am Rande seiner Kräfte sei, die Wirkung des U-Boottkrieges zu bewältigen und die Erzwingung des Friedens durch die Revolution drohe. Die deutsche Regierung lehnte ein konkretes Friedensangebot ab.

2. Bei den Friedensverhandlungen zu Brest-Litowsk stellte Hindenburg Kühnmann ein dreitägiges Ultimatum für die Verhandlung der Verhandlungen mit Rußland. Kühnmann erhebt den Befehl, außer den bisher von ihm verlangten Gebieten noch Livland und Estland zu verlangen.

Ueber seine eigene infame Rolle in Brest-Litowsk geht

Gernin natürlich mit Stillschweigen hinweg. Die österreichischen Ehemänner finden natürlich nicht für nötig, vor dem russischen Proletariat sich von der Altschub von Drest-Litwals zu reinigen, indem sie den Gernin vor ein Revolutionsgericht stellen; aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. Das österreichische Proletariat wird seine Gernins richten, wie das deutsche seine Reichmanns, Kühmanns, Scheidemanns usw. richten wird.

Ein Detektivroman des Wels.

Der Wels-Verdichtungsdiener verdrängt eine Darstellung der Beziehungen zwischen ihm und dem Warten. Danach hat der Wels den Warten und seine Leute zufällig vorgeschunden, wie sie, gleich ihm, in „Truppenempfang“ machten. Der Warten kam ihm „nicht ganz geber“ vor. Was tat nun der Wels? Ließ er den Warten stehenden Fußes festlegen? Er tat etwas ganz anderes: Er lud ihn auf die Kommandantur, „um seine irreführende Organisation zu untersuchen“ und er ließ ihn „zum Schein ein paar gleichgültige Arbeiten verrichten.“

„Zum Schein“ drückte wohl auch der Wels seinen Stempel unter die „gleichgültigen Arbeiten“ des Warten, die glatten Hochverrat darstellten. Der harmlose Wels! Der „gleichgültige“ Hochverrat!

Brief und Siegel.

Aus der Sitzung des Vollzugsrats vom 12. Dezember:

Der Vorsitzende verliest ein längeres Schreiben der Regierung, worin dem Vollzugsrat das Kontrollrecht über die Reichskämmerer streitig gemacht wird. In der Debatte betont ein Redner entschieden, daß die Regierung unter keinen Umständen dem Vollzugsrat das Recht der Kontrolle abprechen könne.

Schritt für Schritt drängen die Ebert und Scheidemann den Vollzugsrat an die Wand. Verteidigung der Garderuppen auf Ebert-Gaase, gegen den Vollzugsrat, bewaffneter Einzug der Truppen gegen den Willen des Vollzugsrats, schließlich Umstoßung des Beschlusses des Vollzugsrats, der die russische Delegation begrüßte.

Nachdem so die Ebert den Vollzugsrat tatsächlich lahm gelegt haben, halten sie die Zeit gekommen, Brief und Siegel darauf zu drucken: Sie bestreiten ihm das Kontrollrecht gegenüber den Reichskämmerern. Formelle Proteste dagegen sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Der Vollzugsrat muß sich auf die Quellen seiner Macht besinnen: die revolutionäre proletarische Masse und ihre Organe, die A. und S.-Räte. Auf sie gestützt, muß er den Kampf gegen Ebert-Scheidemann aufnehmen, Kampf nicht um „Kompetenzen“, sondern um Sein oder Nichtsein. Entweder die Dezember-Männer oder die Räte, das ist jetzt die Frage.

Provokierende Offiziere.

Drei Tage vor dem Einzug forderte Major von Schlier auf dem 3. Gardebataillon zu Fuß vom Soldatenrat des Ersatz-Bataillons, daß kein Bandsturm vor den Fronttruppen eine Anrede halte. Der Soldatenrat protestierte und nach längeren Verhandlungen mußte der Major nachgeben. Trotzdem verurteilte eine Verhörung seiner Soldaten mit einem Redner der Garnison zu verhindern: Gleich nach dem Einzug hielt er selbst hoch zu Ross eine Anrede an das Regiment und ließ es dann wegzutreten, ohne daß die Soldaten überhaupt erfahren hatten, wo sie zu essen bekämen. Der Redner des Soldatenrats kam nicht zu Wort. Über dieses Verhalten des Herrn Majors herrscht nicht nur unter den Soldaten des Ersatz-Bataillons, die lange keine Offiziere mehr in der Kaserne gesehen hatten, sondern auch unter den Fronttruppen größte Entrüstung — eine Wirkung, die der Herr Major wohl kaum vorhergesehen hat.

Wieder eine Hausdurchsuchung!

Gestern mittag erschienen 5 Personen — 1 in Zivil, 1 in Uniform — in unserer Redaktion und begannen sie ohne Federlesen nach „Waffen“ zu durchsuchen. Auf Proteste der anwesenden Genossen wiesen sie sich als Abgesandte des Wels aus. Als ihnen beauftragt wurde, daß Wels nicht das mindeste Recht habe, Hausdurchsuchungen anzuordnen, trumpten sie zunächst auf. Einen sofortigen Telefonanruf zum Polizeipräsidenten Eichhorn suchten sie anfangs zu verhindern. Als der Antrag schließlich doch durchgeführt wurde, und der Polizeipräsident ihnen die grobe Unverschämtheit ihres Vorgehens zu Gemüte führte, wurden sie kleinlaut, unternahm allerdings plumpe Ausflüchte und räumten schließlich unverrichteter Sache das Feld.

Wie lange noch wird der gemeingefährliche Wels Berlin unfähig machen? Wann endlich wird ihm das Handwerk gelegt werden? Nebensächlich: weihen „Waffen“ mag die Regierung des Wels gegolten haben? Nur nach den Enthüllungen unserer gestrigen Nummer?

Aus den A.- und S.-Räten.

Die „Vertrauensräte“ der Gardedivision gegen den Spartakusbund.

Die vorgestern zurückgeschickte Gardedivision hat in einer Versammlung ihrer Vertrauensräte eine Entschliebung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Wir haben der Regierung Treue gelobt und sind willens, unter Beobachtung zu halten. Die Regierung fordert Ordnung und Ruhe; wir wollen ihr in Treue helfen, daß diese Forderung auch durchgeführt werde.

Eine kleine Schar Unruhstifter treibt in Berlin ihr Wesen; unter schwergeprüftem Volk wird durch sie mit der Gefahr eines Bürgerkrieges und des Einmarsches der Feinde bedroht. Sie haben Waffen und werden sich nicht scheuen, davon Gebrauch zu machen, da sie auf jede Weise ihre Gewalttätigkeit dem deutschen Volke aufzwingen wollen.

Wir wollen unsere Mitbürger vor diesen Verdrückern beschützen. Nicht deshalb haben wir mit unserem Leben die Feinde gegen die Verdrückungen des Feindes verteidigt, damit ein Feind aus der Mitte unseres Volkes sein Verdrückungswert vollbringen darf.

Wir fordern von der Regierung Treue gegen Treue; wir fordern von ihr nicht nur den Willen zur Ordnung, sondern auch die Kraft, diesen Willen durchzusetzen. Wir fordern Schutz von ihr, wie wir bereit sind, sie zu schützen.

Wir rufen deshalb an die Regierung das Ersuchen, alle diejenigen zu entlassen, welche sich unrechtmäßig in Waffenbesitz gesetzt haben; wir fordern, uns zum Zwecke der Durchführung dieser Anordnung zum Sicherheitsdienst in Berlin heranzuziehen.

Uns treibt lebhaft die Liebe zum Vaterlande; wir sind Anhänger der Regierung und Feinde jeder Revolution.

Waldow, den 12. Dezember 1918.
Die Vertreter der Vertrauensräte der Regimenter der Garde-Kavallerie-Division.
Behrendt, Peters, Hofmann, Behrendt, Giedler

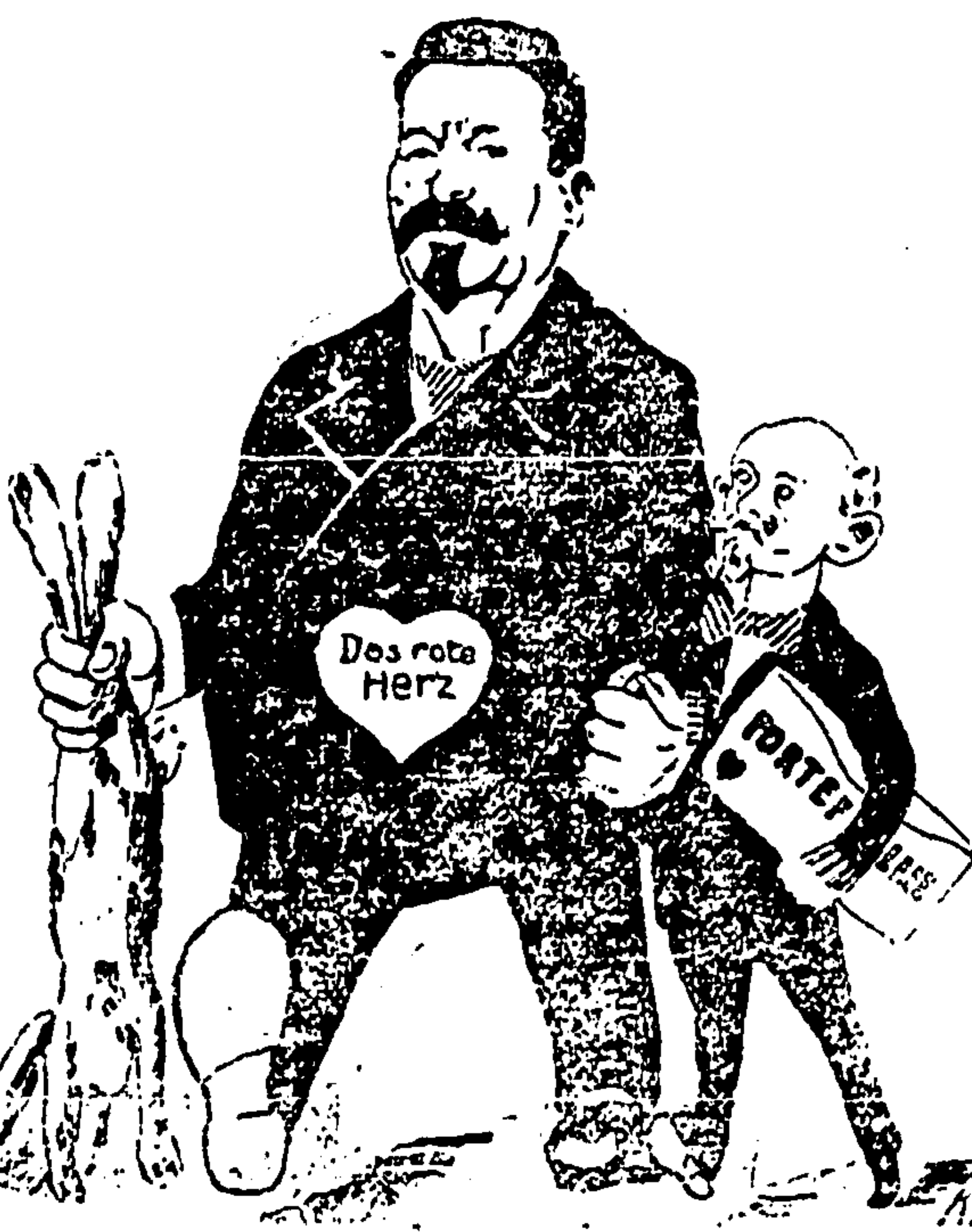
Die „Vertrauensräte“, die diese Resolution gefaßt haben, sind Organisationen, die im Bewußtsein der Sache zu den Massen der Soldaten entstanden revolutionären Soldatenräten gebildet sind, und die daher das höchste Maß an Vertrauen verdienen. Danach kann der ganze Wert der Entschliebung abgelehnt werden. Wenn die Herren Offiziere in Berlin nach Waffen suchen wollen, so könnte das zu allerlei Zwischenfällen führen.

Die Kontrolle des Reichsmarineamts.

Der 53er Ausschuß der Marine erklärt die Zeitungsmeldung, die Vertreter der Marine (im Vollzugsrat der A.- und S.-Räte) stellen fest, daß sie das Reichsmarineamt nicht nur kontrollieren, sondern die gesamte Geschäftsführung in ihren Händen haben — als den Tatsachen nicht entsprechend.

Die gesamte Geschäftsführung des Reichsmarineamts und des Admiralsstabes wird unter Mitwirkung und Kontrolle des 53er Ausschusses von den bisherigen amtsmäßig dazu berufenen Stellen ganz im Interesse der sozialistischen Republik angetastet und zwar bisher mit

Das Rote Herz im Schwarzen Felde.



Was sie zur Strecke gebracht haben.

vollstem beiderseitigem sächlichen Entgegenkommen. Der 53er Ausschuß der Marine verweist im übrigen auf 5 i. d. f. organisatorischen Bestimmungen, der wie folgt lautet:

Der 53er Ausschuß ist die oberste Aufsichtsinstante der Marine. Sämtliche Anordnungen können nur mit Zustimmung des 53er Ausschusses getroffen werden.

53er Ausschuß (Zentralrat der Marine).

Gewerkschaftliches und Soziales.

Streik der Druckereiarbeiter.

Die Druckereiarbeiter der Firmen Ullstein in und Wosse sind ohne Erlaubnis „ihrer zuständigen Gewerkschaft“ in den Streik getreten. Infolgedessen konnten gestern die „B. J. am Mittag“ sowie die Abendausgaben der „Vossischen Zeitung“ und des „Berliner Tageblatt“ nicht erscheinen.

B. J. B. teilt dazu mit:

Am 12. Dezember vormittags stellten die Hilfsarbeiter der Firma Ullstein an die Geschäftsleitung die Forderung, daß ihre Wochenlöhne ungefähr auf das Doppelte des bisherigen Tages, nämlich 120 M. für Männer, 90 M. für Frauen und 60 M. für Jugendliche erhöht würden, und gab den Geschäftsleitung eine Frist bis zum anderen Vormittag um 10 Uhr, um diese Forderung anzunehmen. Durch den Gewerkschaftsvorsitzenden wurden die Hilfsarbeiter darauf hingewiesen, daß dieses Vorgehen gegen die tariflichen Bestimmungen verstoße und daß sie abwarten sollten, bis die zur Zeit in Berlin zwischen den beiderseitigen Organisationen stehenden Verhandlungen ihre Entscheidung gefunden hätten. Entgegen den Anweisungen ihrer Organisation stellten die Hilfsarbeiter an die Direktion der Firma Ullstein trotzdem die Forderung, daß ihre Lohnforderungen sofort zu bewilligen seien, und haben die Arbeit niedergelegt. Sie haben also gegen die Anweisung der eigenen Organisation, sowie gegen die tariflichen Bestimmungen gehandelt.

Streik bei A. Wertheim, Berlin.

Die kaufmännischen Angestellten der vier Warenhäuser A. Wertheim sind am 13. Dezember in den Streik getreten. Der Betriebsrat der Firma hatte im Einverständnis mit dem Zentralverband der Handlungsgeschäftlichen geordnet, daß die Kriegsteilnehmer wieder eingestellt würden, Rindigungen frühestens zum 31. März 1919 erfolgen, Entlassungen nur im Einverständnis mit dem Betriebsrat vorgenommen werden, Zahlung einer einmaligen Entschädigungssumme an alle Angestellten, und zwar an solche, die

im Jahre 1914 eingestellt sind	500 M.
im Jahre 1915 eingestellt sind	400 M.
im Jahre 1916 eingestellt sind	300 M.
im Jahre 1917 eingestellt sind	200 M.
im Jahre 1918 eingestellt sind	100 M.

Die Firma hatte darauf unterm 11. Dezember erwidert, daß sie nur solche Kriegsteilnehmer wieder einstellen will, die bis zum 1. Oktober 1914 bei ihr eingestellt waren; Entlassungen sollen im Einverständnis mit dem Betriebsrat vorgenommen werden, der hierzu drei Mitglieder entsenden soll. Im übrigen ist die Antwort durchaus ungenügend ausgefallen; insbesondere gilt dies für die geforderte Entschädigungssumme. Die Firma A. Wertheim bietet:

- denjenigen Angestellten, die vor dem 1. Januar 1917 eingestellt waren, eine Entschädigungssumme nur in Höhe eines Monatsgehalts, das jedoch nicht übersteigen soll bei Damen 250 M., bei unverheirateten Herren 300 M., bei verheirateten Herren 400 M.;
- denjenigen Angestellten, die im Jahre 1917 eingestellt sind, soll gleichfalls ein Monatsgehalt als Entschädigungssumme gezahlt werden, höchstens jedoch 150 M. Kassen- und Lehrlingsmädchen 60 M. bzw. 65 M.;

3. die in der Zeit vom 1. Januar 1918 bis 31. Juli 1918 eingestellten Personen sollen erhalten eine Entschädigungssumme von 70 M., Kassen- und Lehrlingsmädchen 60 M.

Das Wertheim-Personal hat zu diesem Anerbieten am 12. Dezember in einer Massenversammlung vor der National-Galerie Stellung genommen und es als ungenügend abgelehnt. Beschlossen wurde, vom 13. Dezember ab zur Durchsetzung der eingereichten Forderungen in den Streik zu treten. Das ist auch tatsächlich geschehen. Am 13. Dezember, vormittags, versammelten sich die 5000 streikenden zumeist weiblichen Angestellten, marschierten im Zuge durch die Stadt mit einem Plakat, das die Aufschrift trug: „Kauft nicht bei Wertheim!“

Die Firma hat zur Beilegung des Streiks die Vermittlung des Polizeipräsidenten angetrieben. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Forderungen der Angestellten inzwischen bewilligt worden.

Die Auszahlungsgeldbeschlüsse der Firma A. S. Müller u. Sohn,

deren Inhaber Herr Dr. Konrad Toebe-Müller (Mitglied d. A. und hochachtbarer Kriegsteilnehmer) ist, haben durch den Ausschuß der Angestellten eine Beschlussempfehlung der Geschäftsleitung folgende Forderungen vorgebracht: 1. Annahme betr. Monatsgehälter als einmalige Zulage: für Verheiratete, über 1 Jahr im Betriebe, 400 M., für alle übrigen, über ein Jahr im Betriebe, 200 M., für alle anderen Angestellten 200 M.. Das Monatsgehalt soll nach vor Beschließen ausbezahlt werden. 2. Antrag betr. laufende Gehaltszulagen: für alle mindestens fünf Jahre im Betriebe tätigen Personen bei einem Gehalt bis zu 300 M. 20 Prozent, bei einem Gehalt von 300 bis 400 M. 20 Prozent, bei einem Gehalt über 400 M. 10 Prozent. Alle übrigen Angestellten erhalten 20 Prozent vom Gehalt. Die bisher gewährten Teuerungszulagen sollen zum Gehalt geschlagen werden. Die laufend zu gewährenden Zulagen sollen vom 1. Dezember 1918 ab in Kraft treten. 3. Antrag betr. Arbeitszeit: Die Arbeitszeit einschließlich der Pausen soll auf 8 Stunden festgesetzt werden. Neben- und Sonntagsarbeiten fallen fort. Nachträglich werden noch gefordert: Rückzahlung der bereits erfolgten Rindigungen, Einstellung von Kriegsteilnehmern, die vor dem Kriege im Betrieb tätig gewesen sind.

Die Firma hat als Beleg für ungenügend amtsmäßiger Trudtsache beträchtliche Kriegsschadens erzielt.

Parteinachrichten.

Zentralrat der A. u. S.-Räte.

Die Delegierten zur Sitzung des Zentralrats der A. u. S.-Räte, die sich zu den Grundfragen des Spartakusbundes belangen, oder zum linken Flügel der Unabhängigen gehören, werden ersucht, am Sonnabend, den 14. Dezember, mittags 1 Uhr, zu einer Versammlung in Berlin, Gewerkschaftsbaus, Engelstraße 15, Saal 3, zu erscheinen. Wie ersuchen die Genossen um rechtzeitige Ankunft in Berlin.

Die Zentralstelle des Spartakusbundes.

Letzte Nachrichten.

Die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung.

B. J. B. Berlin, 13. Dezember. (Mitteil.) Die Preussische Regierung hat bestimmt, daß die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung in Preußen acht Tage nach den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung stattfinden sollen.

Die Preussische Regierung setzt keinen absoluten Termin fest; sie rechnet offenbar damit, daß die deutsche Nationalversammlung früher oder später angesetzt wird als geplant.

Krupps Befreier.

B. J. B. Essen, 12. Dezember. Auf eine von der Firma Krupp eingeleitete Beschwerde über die Inhaftnahme eines Mitgliedes des Kruppischen Direktoriums ist folgende Antwort eingegangen: Direktorium Krupp, Essen.

Berlin, 11. Dezember. Die Inhaftnahme als Geiseln müssen wir aus schließlich vermeiden. Arbeiter- und Soldatenrat ist um Befreiung ersucht. — Reichsregierung. — Ebert.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Trier, 13. Dezember. Der Waffenstillstandsvertrag wurde heute vormittag um 11 1/2 Uhr (deutscher Zeit) im Salonwagen des Marschalls Hoch in Trier verlängert. Der Wortlaut des Abkommens ist wie folgt:

Abkommen.

Die Unterzeichneten, versehen mit den Vollmachten, Kraft deren sie den Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 unterzeichnet haben, haben folgendes Zusatzabkommen abgeschlossen:

1. Die Dauer des am 11. November 1918 abgeschlossenen Waffenstillstandes ist um einen Monat verlängert worden, bis zum 17. Januar 1919, 5 Uhr vormittags. Diese Verlängerung um einen Monat wird unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluß des Präliminarfriedens ausgedehnt werden.

2. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November, soweit dieselben derzeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen Waffenstillstandskommission festgesetzten Vorschriften nach den Bestimmungen des Oberkommandos der Alliierten zum Abschluß geführt.

3. Folgende Bedingung wird dem Abkommen vom 11. November 1918 hinzugefügt: Das Oberkommando der Alliierten behält sich vor, von jetzt an, wenn es dies für angezeigt erachtet, und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer, nördlich des Kölner Brückenkopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Besetzung wird von dem Oberkommando der Alliierten 6 Tage vorher angezeigt werden.

Trier, 13. Dezember 1918.

gez. J. Hoch, A. G. Bommyn, Admiral.

gez. Erzberger, A. Oberndorff, v. Winterfeldt, Bonjevo.

Ente.

Die „Neue Züricher Zeitung“ verbreitet ein Schwermärchen über eine Unterhaltung zwischen Eisner und Liebknecht, das mit dem Apokalypse schließt: Eisner habe gesagt: „L. schlage Deutschland in Stücke“; L. habe geantwortet: „Desto besser“. — Es gab eine Zeit, wo die „Neue Züricher Zeitung“ ein ausländisches Blatt war — nämlich vor dem Kriege, bevor sie zum gelauterten Reptil des deutschen Imperialismus wurde.

Aus Groß-Berlin.

A. und S.-Räte im Zweckverband Groß-Berlin.

Am 11. Dezember fand eine vom Volksgesundheitsrat (Groß-Berliner Ausschuss) einberufene Besprechung von Vertretern der A. und S.-Räte der dem Zweckverband Groß-Berlin angehörenden Gemeinden...

Die heute versammelten Vertreter der A. und S.-Räte, die eine Kontrolle bei den Kommunalverwaltungen und sonstigen Behörden ausüben, beschließen, eine Parlamentarische Kommission einzusetzen...

Eine gegenrevolutionäre Demonstration

beraufgestellt heute die Berliner Studenenschaft. Es wird mitgeteilt: Die Berliner Studenenschaft hat entrüstet über das rücksichtslos und tief beschämende Vorgehen des Polizeipräsidenten Eichhorn...

Wie konnte der Polizeipräsident Eichhorn auch die gegenrevolutionären Machenschaften der Bourgeoischönden fördern? Warum hat er nicht, auf die Anbahnung der obrigkeitlichen Rechte verzichtet, wie es Kommandant Weiss dem Offizier gegenüber tat...

Wie ein hoher Dampfer durchhält. Auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege über diejenigen, die da hingehen müssen...

Gegen die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in Gastwirtschaftsbetrieben. Der Demobilisierungsausschuss Groß-Berlin hat beschlossen...

Neußölln.

Bericht aus der Sitzung des A. u. S.-Rats vom 12. Dezember.

Gegenstand der Erörterungen war die Stellungnahme zum Magistrat und Stadtordnungsberkommung. Als Berichterstatter nahm der Vorsitzende des Volksgesundheitsrates Koch das Wort...

Der Magistrat Neußölln hatte sich an die Preussische Landesregierung beschwerend gewandt. Prompt erschien auch ein Vertreter der Preussischen Landesregierung (Rosenfeld), um die Dinge in Neußölln wieder einzuregeln...

Volksgesundheitsrat vor. Allein der Volksgesundheitsrat hielt es für selbstverständlich, um eine Kontrolle wickeln zu lassen, an den Magistratsitzungen teilzunehmen...

Vom Bericht der Sicherheitskommission nahm der Genosse Günther das Wort. Er teilte mit, dass der Polizeipräsident Secherer zur Disposition gestellt ist...

Inzwischen hatten sich vom Rathaus große Menschenmengen angesammelt, um den Arbeiter- und Soldatenrat im Kampf gegen das Dreiklassenparlament zu unterstützen...

Der am 12. Dezember in öffentlicher Sitzung verlesene A. u. S.-Rat Neußöllns beschließt, der jetzigen Regierung seine schärfste Mißbilligung für ihre zweifelhafte und schwankende Haltung auszusprechen...

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Tel.: Amt Moritzplatz, 10628, 3578. Büro: Rungestr. 30.

Berjammlungen.

Sargtischler: Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Merlmann, Große Frankfurter Straße 16.

Bodenleger: Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Greife, Rungestr. 30.

Die Ortsverwaltung. Spartakusbund (3. Bezirk) Moabit. Freunde des Spartakusbundes, Mitarbeiter für die Verbreitung der 'Roten Fahne' treffen sich am...

Mittwoch, den 18. Dezember, abends 6 1/2 Uhr im Lokal 'Arminius Hallen', Bremerstr. 72/73

Spartakusbund 3. A.: Willy Seow, Lüneburgerstr. 3.

Zusammenkunft der Spartakus-Anhänger Bezirk Schöneberg am Montag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr bei Franz Berg, Ballage-Restaurant, Feurigstraße 16.

Bis M. 50, täglich verdienen Soldaten und Händler durch den Verkauf unserer feinsten Buntdruckarten in Mappen mit 10 Karten für 20 Pfg. 'Hoch Arbeiter- und Soldatenrat'. Mindestabgabe 100 Mappen M. 20, — Verkauf M. 40, — E. Horst & Co., Wafmannstr. 28.

An die Zeitungs-Abonnenten der 'Roten Fahne'.

Wir bitten alle Freunde, die unsere Zeitung abonnieren wollen, sich an eine der nachstehenden Zeitungs-Expeditionen zu wenden. Der Abonnementspreis beträgt pro Monat M. 1,50. Die Zeitung wird täglich morgens ins Haus geliefert.

Groß-Berliner Zeitungs-Expediteure:

- Zentrum: Neumann, C. H. W. (Frb.: Anders'che Erben), E. 19, Grünstr. 21. Osten und Nordosten: Lehmann, O., D. 112, Liebigstr. 10. Fiedler, R., M. 18, Landsberger Str. 97. Zimmer jr., Rudolf, M. 18, Straußberger Str. 24 (Laden). Süden und Südosten: Stad. Witt, ED 33, Manteuffelstr. 28. Norden und Nordwesten: Glesche, Fris, R., Solbner Str. 34 (Lad.). Lachmann, G., M. 113, Bornholmerstr. 80. Lehmann, Th., R. 54, Lottinerer Str. 52. Maack, Otto, R. 65, Kameruner Str. 52. Meiss, Fris, R. 65, Genter Str. 28. Nichte, Leo, Schönhauler Allee 48a. Steier, Otto, R., Canianstr. 19. Paulus, Mathias, Miedomsstr. 20. N. Otto, Schönholzer Straße 4. Westen und Südwesten: G. Walter Ww., Buchhandlung und Zeitungs-Expedition, B. 8, Kronenstr. 2. Ach, P., E. 68, Simeonstr. 2. Nordglen, Soß., S. B. 29, Solmsstr. 4. Charlottenburg: Ahlke, W. B., 87, Kaiserin-Augusta-Allee 6 (Laden). Charlottenburg-Westend: Sternflker, Friedr., Königin-Elisabethstraße 6b. Wilmersdorf: P. Wisting, Babelsberger Straße 42. Steglitz: Rausch, Steglitz, Albrechtstr. 61.

In Neußölln findet der Vertrieb statt durch Haberland, Neckarstr. 3. Notiz: Abonnenten außerhalb bitten wir 'Die Rote Fahne' bei ihrem nächsten Postamt zu bestellen. Verlag 'Die Rote Fahne'.

Arbeiter! Soldaten!

Am Sonnabend, den 14. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr, findet in den 'Germania-Frachtkäfen', Chausseestraße (nicht im Gewerkschaftshaus!) eine Versammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins statt. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Delegiertenversammlung am 16. Dezember 1918. Der Volksgesundheitsrat der A. und S.-Räte Groß-Berlins. J. A.: Franz Bachel.

Zeitungshändler und Abonnenten

der Rosenthaler Vorstadt erhalten 'Die Rote Fahne' durch Expedition Mathias Paulus, Miedomsstraße 20, Wilmersdorf. Expedition P. Wisting, Babelsberger Straße 42.

Leipzig.

Am Montag, den 16. Dezember ist die Ausgabe-stelle für die 'Rote Fahne' Restaurant 'Stadt Berlin', Berliner Straße nachmittags von 2-6 Uhr. Spartakusbund Gruppe Leipzig.

Genie erscheint die erste Nummer: 'Der Syndikalist' Organ der legalrevolutionären Gewerkschaften Deutschlands. Der 'Syndikalist' erscheint wöchentlich Sonntags. Abonnementspreis für die angeschlossensten Gewerkschaften in vierjährlicher 1 Mark, durch die Post ohne Bestellgeld 1,25 Mk., durch die Expedition mit Freigabe 1,60 Mk., durch Postbezugs 1,50 Mk., Ausland unter Kreuzband 2 Mark. — Einzelnummern 10 Pfg. — Auf dem Spindel haben wir hervor: 'Was wollen die Syndikalisten? — Sprung auf! Marsch! Marsch! Hurra! — Aber mit dem Carl-Liebknecht! — Wir Anarchisten! — Die deutschen Arbeiter im Weltkrieg. — Die Erfolge der Revolution? — Politische Rundschau. — Von der Agitation.' Redaktion und Expedition: Fritz Rater, Berlin D. 84, Rospernkassstr. 25 1.

klavier zu kaufen gesucht. Preis und Firmenangabe unt. E. 17, Exped. 'Rote Fahne', Königsgräber Straße 40/41.

Soldaten, Straßenhändler! Rohendster, billigster Strahenverkauftartikel. Wendet euch sofort an D. Vardach, Berlin D., Schamaneberstr. 67.

Genosse Hugo Weister, Weissensee, Gustav Adolfstr. 24a, hat die Expedition der 'Roten Fahne' für den Bezirk 6 (Weissensee, Heinersdorf, Hohenschönhausen, Berlin NO) übernommen. Spartakusbund.

Berlin Wilm (7. Bezirk) Zusammenkunft aller Obleute der Großbetriebe, Leiter der 'Roten Fahne' und Freunde des Spartakusbundes am Mittwoch, den 18. Dezember 1918, abends 1/2 8 Uhr, bei Hermann Schünke, Berlin D., Vorhagener Straße 26. Der Ausschuss.

Suche 1 eventl. 2 möblierte Zimmer, möglichst mit Küchenbenutzung, Hochgelegener oder Essen im Hause von Genossen abzugeben (Stadtbahnnahe). Walter, Galenset, Ringbahnstraße 17, 1.

Weihnachts-Kerzen

in allen Größen kauft jeden Posten geg. Kasse. Schneider, Wilmersdorf, Alt-Vorhagen 46 II.